



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die  
Mitglieder der  
SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, den 05. Juli 2011

## **Strukturelle Kürzungen als Konsequenz des schwarz-gelben “Sparpakets” zu Lasten der Langzeitarbeitslosen (SGB II) beim Bund und zu Lasten der Bundesagentur für Arbeit (SGB III) von 2011 - 2015 mit regionaler Schiefelage**

Liebe Genossinnen und Genossen,

bereits am 29. September 2010 habe ich Euch als Hintergrundinformation zu den Haushaltsverhandlungen 2011 im Bereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eine Übersicht über die Auswirkungen des so genannten „Sparpakets“ der Bundesregierung als „Liebe-Freunde-Brief“ zur Verfügung gestellt. Zur Erinnerung: Die das BMAS betreffenden Kürzungen machen fast 40% des „Sparpakets“ aus und werden bis 2014 für einen Kahlschlag zu Lasten vor allem der Qualifizierungs-, Weiterbildungs- und Umschulungsangebote für Arbeitslose sorgen.

Um diese milliardenschweren Kürzungsziele zu erreichen, legt Schwarz-Gelb jetzt den Entwurf ihrer „Instrumentenreform“ unter der eher harmlos klingenden Überschrift „Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen“ vor, die am letzten Freitag in 1. Lesung im Plenum war und Ende September nach einer Anhörung verabschiedet werden soll. Insofern bietet sich gerade die sitzungsfreie Zeit im Sommer an, bei Besuchen der Bundesagentur, der JobCenter oder der Träger von Bildung und Qualifizierung auf die sich insbesondere ab 2012 dramatisch zuspitzende Situation durch das von Schwarz-Gelb beschlossene „Sparpaket“ sowohl bei der Bundesagentur wie auch bei den JobCentern laut hinzuweisen. Die Kürzungspläne summieren sich – jeweils von 2012 bis 2015 – bei der Aktiven Arbeitsmarktpolitik im SGB III

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

BÜROANSCHRIFT PLH 5.640 10117 BERLIN  
TELEFON (030) 227-73832 TELEFAX (030) 227-76920 E-MAIL [BETTINA.HAGEDORN@BUNDESTAG.DE](mailto:BETTINA.HAGEDORN@BUNDESTAG.DE)

WAHLKREIS LÜBECKER STR. 6 23701 EUTIN  
TELEFON (04521) 71611 TELEFAX (04521) 78386 E-MAIL [BETTINA.HAGEDORN@WK.BUNDESTAG.DE](mailto:BETTINA.HAGEDORN@WK.BUNDESTAG.DE)



bei der BA auf 11,5 Mrd. € (2011: 1,5 Mrd. €) und im SGB II-Bereich auf 15 Mrd. € (2011: 0,5 Mrd. €) – zusammen die atemberaubende Summe von 26,5 Mrd. € bis 2015!

Fakt ist: Im SGB II-Bereich gibt es eine dramatische soziale Schieflage der Kürzungen bezogen auf die regionale Verteilung bundesweit – veranschaulicht wird dies durch die beiden grafischen Darstellungen im Anhang, die aus einer Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) stammen (s.u.). Katastrophal betroffen sind die östlichen Bundesländer und die Stadtstaaten – vor allem Berlin – und zusätzlich strukturschwache Regionen im Norden und Westen des Landes, während der Süden mit Bayern und Baden-Württemberg fast „glimpflich“ davon kommt. Die Kürzungen bei der Bundesagentur für Arbeit hingegen wirken wie „ein Rasenmäher“, was die Sache keinesfalls besser macht.

Das schlimmste: Sind die im Herbst von Schwarz-Gelb für 2011 beschlossenen strukturellen Kürzungen im SGB II und im SGB III (Bundesagentur für Arbeit) mit zusammen minus 2 Mrd. € schon hart, so werden sie in diesem Jahr durch eine „brummende“ Konjunktur spürbar abgefedert. Fakt ist aber: Diese Kürzungen verdoppeln sich schon 2012 auf 4 Mrd. € und „explodieren“ danach auf 6,5 Mrd. € (2013) und ab 2014 auf 8 Mrd. € pro Jahr! Und „strukturelle Kürzung“ heißt konkret: UNABHÄNGIG von der konjunkturellen Entwicklung ist diese Kürzung beschlossen und soll das Erfüllen der Schuldenbremse bis 2016 garantieren.

Bereits am 8. Oktober 2010 habe ich Euch nach der damaligen Sachverständigenanhörung des Haushaltsausschusses zum Haushaltsbegleitgesetz – das dieses „Sparpaket“ umsetzt – unter Bezug auf dort vorgelegte Berechnungen des DPWV aus der Studie „Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011-2014“ über die Arbeits- und Landesgruppensprecher detaillierte Berechnungen zugeschickt, die für jedes Bundesland die Kürzungen bis 2014 konkret darstellen. Der DPWV bezieht sich bei seinen Berechnungen auf offizielles Zahlenmaterial der Bundesagentur für Arbeit, der statistischen Ämter der Länder und des Bundes, des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Mit dem heutigen Brief möchte ich Euch über die weitere finanzielle Entwicklung perspektivisch bis 2015 informieren.

Inzwischen wurde die Finanzausstattung der Bundesagentur für Arbeit durch zwei weitere Eingriffe von Schwarz-Gelb massiv strukturell verschlechtert:

1. Die **Insolvenzgeldumlage** der BA in Höhe von 1,1 Mrd. € hat die Bundesregierung Ende 2010 – gegen unseren erbitterten Protest – zur Verbesserung der Jahresrech-



nung des Bundes 2010 „vereinnahmt“ und dadurch den Darlehensbedarf der BA 2011 um 1,1 Mrd. € erhöht.

2. Die – auch von uns gewollte – Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung wurde im Februar 2011 auf Vorschlag der Regierung zu 100 Prozent zu Lasten der BA finanziert: Die BA verliert deshalb – stufenweise eingeführt - auf Dauer  $\frac{1}{2}$  **Mehrwertsteuerpunkt** und damit Steuerfinanzierung von in der Summe 12,15 Mrd. € bis 2015. Dazu verringert sich die Bundesbeteiligung zu Lasten der BA 2012 schon um 1,2 Mrd. €, 2013 um 2,65 Mrd. €, 2014 um 4 Mrd. € und ab 2015 um 4, 3 Mrd. €!

Im Anhang an diesen LFB findet Ihr **Tabellen mit überarbeiteten Schätz-Zahlen (Grundlage: DPWV-Studie), die die Kürzungen in den Bereichen des SGB II und III nach Ländern aufgegliedert** darstellen.

Ich wünsche Euch eine erfolgreiche Aufklärungsarbeit zum Kahlschlag bei der Aktiven Arbeitsmarktpolitik über den Sommer und stehe Euch mit meinen Mitarbeitern bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Eure

*Bettina Hagedorn*